

Saale Zeitung.

Freitag den 4. Februar 1898.

Die Halle... Nr. 572 des anti. Zeit.-Verz.

Alle die Redaktion beantwortet: Dr. Conrad Schulte in Halle.

Verantwortlich: Dr. Conrad Schulte in Halle. (Halle a. d. Saale, Freitag den 4. Februar 1898.)

Nr. 57.

Halle a. d. Saale, Freitag den 4. Februar

1898.

Deutsches Reich.

Sofort- und Personalnachrichten.

Berlin, 3. Febr. Vom Kaiser ist der Todverordneten...

Es hat Meinem landesberrlichen Herzen wohlgefallen, die herrliche Festung...

Wie aus München von gestern gemeldet wird, brach die Prinzessin...

Nach Berlin, 3. Febr. schreibt man uns: Herr v. Podbielski, der neue Staatssekretär des Reichspostamts...

Der Postetat im Reichstag.

Berlin, 3. Febr. schreibt man uns: Herr v. Podbielski, der neue Staatssekretär des Reichspostamts, hat sich heute vor dem Plenum des Reichstags...

Das amerikanische Obit.

Berlin, 3. Febr. Zu einem neuen empfindlichen Schlag gegen das konsumierende deutsche Publikum wollte das Agrar...

lunnen mehr zu einem Volksnahrungsmittel herangezogen werden. Speziell in Berlin ist der amerikanische Apfel...

In Nordamerika hatte die erste Besetzung begrifflicherweise großes Aufsehen erregt. In einer Unterredung über das...

Senator Vertus aus Kalifornien, der Grund zum Erlass des Verbotes ist ein bloßer Vorwand. Die Verordnung zielt...

Nach Senator Dingle hat sich genügt, und gelang ihm, die deutsche Regierung habe die Einfuhr der amerikanischen Obit...

Aus diesen Anstellungen ergibt man, wie schlimm die Nachrede von dem anfänglichen Verbot...

Ein holländischer Agrarier.

Eine seit dem September vorigen Jahres schwebende Angelegenheit, bei der es sich um die Lieferung von braunschweigischen Saatkorn...

In Cöln/Am-Rhein und Umgebung herrscht zur Zeit große Erregung wegen der Lieferung des Saatkornes...

Da die Lieferung und Abgabe ohne Hindernisse des einzigen Sachverständigen im Komitee, des Getreidehändlers B. Müller, gelaufen ist...

Anzeigen werden die Spalten... (Wer Abdruck anderer Original-Artikel in nicht gestattet.)

dringt, so haben viele Varenen um einen geringen Aufschlag...

Auf diese Veröffentlichung erfolgte eine Erklärung des Rittergutsbesizers Lude, welche die Behauptung der Korrespondenz in Nichts widerlegte...

Es ist auch richtig, heißt es in dem Beschlusse des Landgerichts weiter, daß die meisten der benannten Jengen...

Diese Preisprüfung hat den Landrat des Kreises, Herrn Hänel von Grententhal, der für seine Tätigkeit in Ueberfremdungszugelegenheiten...

Parlamentarisches.

Die gestrige Verhandlung des Abgeordnetenhauses über den Gesetzentwurf verlor sich in Erörterungen von mehr lokaler Bedeutung. Auch die Debatte über den Domainental...

In der gestrigen Sitzung des Bundesrats wurden den aufständigen Ausschüssen überlassen, der Entwurf zu Vorarbeiten über Auswärtigerminister, der Entwurf eines Gesetzes...

Die Kommission zur Vorbereitung der Militärstrafgerichts-Novelle nahm gestern zu § 274 den Antrag Groeber an, wonach dem Verleihen der Zutritt zu den öffentlichen Verhandlungen...

In der Petitionskommission des Reichstages kam der Fall des Lehrens R. K. zur Sprache. Seitens der verdrängten Delegierten...

loft auf das höchste angenehmen haben und dessen Zurechnen nachdrücklich machen. Seitens der brennfählichen Regierung ist das größte Entgegenkommen gezeigt worden. Von den fünf Subjekten, die Notiz überfanden, sind drei bereits gefällig eingezogen worden. Neben der kriminellen Sühne erhält Notiz von der deutschen Regierung eine materielle Entschädigung.

Die Kommission für die Vorbereitung einer Zivilprozessordnung sollte die Erhebung der Rechtsauffassung von 1900 auf 2000 M. sowie sämtliche von Mitgliedern gestellte Anträge, durch die eine Entlastung des Reichsgerichts erreicht werden sollte, ab.

Aus Hamburg berichtet man: Wenn der Reichstag die ostasiatische Subvention annimmt, werden der Norddeutsche Lloyd und die „Amerikaner“ gemeinsam die neue Reichspostbambler, die 22 Millionen kosten, bei den deutschen Werften in Auftrag geben.

Der Gesamtungsbevollmächtigte Bahren, der infolge von Nebenarrangements den letzten Sitzungen des Reichstages und des Landtages fern bleiben mußte, hat sich auf Ansuchen der Partei nach Wera anbegeben. Man hofft, daß er vor Ablauf der Session an den parlamentarischen Arbeiten sich wieder tätig betätigen können.

Verwaltung und Reichspost.

Gestern vormittag begannen in Berlin die Verhandlungen des preussischen Landes-Oekonomie-Kollegiums. Der Landwirtschaftsminister Freiherr v. Hammerstein machte die Mitteilung, am Freitag werde der Kaiser den Verhandlungen beiwohnen. — Bei der Beratung des Regulativs des Kollegiums wurde beschlossen, das Kollegium solle bei seinen Sitzungen, neben der bisherigen Aufgabe als technischer Beirat des Ministers auch als Centralstelle für die Landwirtschaftskammern bzw. die landwirtschaftlichen Centralvereine zu dienen.

Man wird in der Annahme nicht verfehlen, so schreiben die „B. M. Z.“, daß die letzten Beratungen des königlichen Staatsministeriums sich auch mit der Frage beschäftigt haben, mit welchen Mitteln durch Hebung der wirtschaftlichen Lage der deutschen Bürgerchaft in den weisprachigen Landesteilen, insbesondere auch in der Stadt Posen, das deutsche Element gegen das anbringende Polentium gesichert werden kann.

In einer gestern dort von polen Landgericht verhandelten Strafsache gegen den Redakteur des „Dendowit“, Josef Slesmanowski, wegen Verleumdung entstellter und erdichteter Thatsachen (§ 131 des Strafgesetzbuchs) behauptete der Verleumdete der Angeklagten, der Minister des Innern Freiherr v. D. M. G. habe eine in die Reichsversammlung eingebrachte Verlesung, in denen politisch verhandelt wird, aufzulösen und alle politischen Verleumdungen unter freiem Himmel zu verbieten. Der Verleumdete beantragte, den Minister darüber zu vernehmen. Der Gerichtshof beschloß die Vernehmung des Ministers durch das Amtsgericht in Berlin.

Ueber den „berühmten“ Vertrag des Freiherrn v. Hille berichtet die „S. Z.“: Es ist unerhört, wie sehr die Staatskasse für die Verleumdung der wichtigsten politischen Arbeit. Aus Hesse-Kassel erfahren wir, daß dort im Kreis Wolfshagen an Kosten der Kreisfiske Hüllsche Blätter an jedes Dorf in gewisser Anzahl gratis geliefert werden.

Bei der Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht in Breslau aus den Kreisen der Arbeitnehmer wurden sämtliche von den Sozialdemokraten aufgestellte Kandidaten gewählt.

Arbeiterbewegung.

Ein Wiederanbruch des eben erst beendeten Schutzmachereivereins in Berlin scheint unmittelbar bevorzustehen. Trotz der in den Einigungsvorlägen festgelegten Bestimmungen, daß keinerlei Anordnungen von Anhänglichen stattfinden dürfen, sind seitens der Arbeiterbewegung, als in einem Geschäft wurde nicht ein einziger der Ausgeborenen wieder eingeweiht. Die Agitationskommission hat sich mit der Beschwerde über die Nichterhaltung des Einigungsvortrages an den Vorstand des Fabrikantenvereins gewandt, jedoch ohne Erfolg. Der Vorstand erklärte wegen der Wiedereröffnung der Ausgeborenen auf seine Mitglieder keinen Einfluß ausüben zu können. Der Streik ist eine öffentliche Schandmarkeverleumdung einberufen, in der der Stand der Ausprägung festgesetzt und ein Antrag auf Wiederaufnahme des Streiks eingebracht werden soll.

See- und Marine.

Der neuernannte Commandeur der Landwehrtruppe in Maastricht, Kapitän zur See Rosenbach, wird noch nicht, wie früher bestimmt war, in diesem Monat abtreten; er ist jetzt zu seiner Information und zur Dienstleistung zum Reichsmarinestabskommando und wird seine Ausreise vornehmlich am 8. März mit dem Privatdampfer „Genua“ abgehenden Lloyd-Dampfer „Briga“ geistlich stattfinden.

S. M. S. „Gneisenau“ ist am 2. Febr. in Rey West angekommen und beschäftigt sich am 8. Febr. nach den Voren in See zu geben.

Deutscher Reichstag.

31. Sitzung vom 3. Februar, 2 Uhr.

Das Haus ist schwach besetzt.

Landwirtschaftsminister Staatssekretär v. Hobbelsiefel.

Auf der Tagesordnung steht der Postetat. Es wird mit der Beratung der Einnahme begonnen.

Ueber die Verhandlungen der Budgetkommission referiert Abg. Dr. Paasche, indem er auf die beigegebene Beschlüsse und die Steigerung der Einnahmen hinweist. Es ist wieder im letzten Jahre, wie der Kommission mitgeteilt wurde, ein Mehrerlös von 7 Millionen Mark über das Vorjahr zu erwarten. Die Kommission habe sich mit den dringenden politischen Fragen der Dreierperiode und der Wiedereinnahme des Postetats eingeleitet beschäftigt.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. B.) verbreitet sich über Tariffragen. Der Herr Staatssekretär habe die Kommission geantwortet, daß man hinsichtlich der Posttarife die verschiedenen Interessen gegen einander abwägen müsse. Die verschiedenen Tariffragen sollen von einer Ausdehnung des Postetats, d. h. Einschränkung der Privatpostanstalten abhängig gemacht werden, die höchst bedenklich erachte. Der Nachweis ist nicht erbracht worden, daß die Postanstalten nicht genügende Einnahmen und kein Vertrauen verdienen, deshalb ist es nicht möglich, diese Kontinuität mit der Neuteilung zuzubilligen. Die Privatpostanstalten hätten das Verdienst, die Frage billiger Tarife in Bezug gebracht zu haben. Die Erhöhung der Preisgrenzen um 20 Gramm ist anzuerkennen, dagegen führe er sich mit der Unterbrechung der Rechnungen in eluge und nichtigliche Einwirkungen erklären. Der Herr Staatssekretär habe die Abänderung des Postetats aus Gründen des Bedarfs und der Gerechtigkeit. Der Herr Staatssekretär habe in der Kommission erklärt, daß auf diesem Gebiet auch wichtige entgegenstehende Interessen zu berücksichtigen seien. Aber seien nicht die Interessen der Allgemeinheit höher? Reiner geht den Interessen der Arbeiter zu. Die Kommission habe eine billiger und allgemeineren Tarif zu beschließen herbeizuführen bestimmt. Fiskalische Rücksichten dürfen für die Verhaltung des jetzigen Tarifs nicht maßgebend sein, eine 4prozentige Verzinsung des Anleihekapitals ist immer sicher. Er möchte die Herabsetzung der Telegraphengebühren dem Herrn

Staatssekretär recht bringen und Herr legen. Er sei gern bereit, den Herrn Staatssekretär nicht noch dem zu beurteilen, was in den Beratungen stehe, sondern nach dem, was er sage.

Präsident v. Nolde: Das Wort hat der Herr Staatssekretär des Reichspostamts Generalleutnant v. Hobbelsiefel. (Weiter.)

Staatssekretär v. Hobbelsiefel: Er wolle keine große Rede halten. Es sei bereits eine Vorlage über Tarifänderungen auf dem Gebiete des Postetats dem Bundesrat vorgelegt. Er wolle nicht in der Person die Verantwortung für die Entscheidung über die Privatpostanstalten nicht durch Tarifherabsetzungen beschränken wollen. Er habe nur gesagt, daß das Reich seinen Tarifkrieg führen wolle und könne. Er habe sich nur die allgemeinen Interessen und die speziellen Interessen einzelner gegen einander abzuwägen. Er wolle auch nicht die Privatpostanstalten verteidigen, sondern nur den Grund für aller Vänder durchzuführen, daß der geduldete Preis nur durch den Staat befördert werden dürfe. In der Postvorlage habe er ununterbrochen gearbeitet und er hoffe, daß sie noch in dieser Session dem Reichstage zugehen werde. Ueber die Druckfrage seien neue Bestimmungen noch nicht ergangen. Man könne an der Auslieferung wohl unterbrechen, aus Gründen eilig aber nicht. Bei den Zeitungen bestreite heute schon kein richtiges Verhältnis zwischen Leistung der Post und Gegenleistung. Was die Frage des Telegraphen anlange, so sei es sehr schwer, eine bündigste Rechnung über Kosten und Einnahmen anzumachen, bezüglich hinsichtlich der Telegraphen. Schon jetzt seien das Reich ein Zubehör zum Telegraphenverkehr, beim Telegraphen sei etwas ähnlicher, hier sei ein Uebermaß von 4 Proz. Es sei erwogen worden, das Telegraphen weiteren Kreisen zugänglich zu machen, namentlich auf dem platten Lande. Hier werden aber die Mehrkosten 8 Millionen jährlich betragen. (Zurück: „Ja, man los!“) Ja, das gelte doch nicht so ohne weiteres. Weiter ist die Frage der Telegraphen zu werden noch immer. Besuche gemacht und die Anzahl der Telegraphen-Apparate möglichst vermehrt. Mit einer Herabsetzung des Postetats würde wohl niemand einverstanden sein. Die Zeitungsabgabe müsse noch bis zur nächsten Session verlagert werden, eine Revision sei unbedingt notwendig aus Gerechtigkeitssgründen. Sehr wichtig sei die Reform, bei der es auf die Unterbrechung des Reichstages reche.

Abg. Graf Stolberg (kon.): Wenn man das Prinzip von Leistung und Gegenleistung auf die Post anwenden wolle, ergeben sich sonderbare Konsequenzen. Dann müßten zuerst die Telegraphengebühren, danach die Zeitungsgebühren herabgesetzt werden. Die Unterbrechung der Posten müßte notwendig aus Gerechtigkeitssgründen. Ein Recht auf Entschädigung haben sie nicht, weil bei allen solchen Neuerungen Unterbrechung verlegt werden, vielleicht könne man aus Willkürsgründen etwas ändern.

Abg. Gump (Hb.): Es wäre richtiger gewesen, die Tarifherabsetzung zu verweigern und erst die Auslieferung der Post zu beschleunigen. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation.

Abg. Gump (Hb.): Es wäre richtiger gewesen, die Tarifherabsetzung zu verweigern und erst die Auslieferung der Post zu beschleunigen. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation.

Abg. Gump (Hb.): Es wäre richtiger gewesen, die Tarifherabsetzung zu verweigern und erst die Auslieferung der Post zu beschleunigen. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation.

Abg. Gump (Hb.): Es wäre richtiger gewesen, die Tarifherabsetzung zu verweigern und erst die Auslieferung der Post zu beschleunigen. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation.

Abg. Gump (Hb.): Es wäre richtiger gewesen, die Tarifherabsetzung zu verweigern und erst die Auslieferung der Post zu beschleunigen. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation.

Abg. Gump (Hb.): Es wäre richtiger gewesen, die Tarifherabsetzung zu verweigern und erst die Auslieferung der Post zu beschleunigen. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation.

Abg. Gump (Hb.): Es wäre richtiger gewesen, die Tarifherabsetzung zu verweigern und erst die Auslieferung der Post zu beschleunigen. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation.

Abg. Gump (Hb.): Es wäre richtiger gewesen, die Tarifherabsetzung zu verweigern und erst die Auslieferung der Post zu beschleunigen. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation.

Abg. Gump (Hb.): Es wäre richtiger gewesen, die Tarifherabsetzung zu verweigern und erst die Auslieferung der Post zu beschleunigen. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation.

Abg. Gump (Hb.): Es wäre richtiger gewesen, die Tarifherabsetzung zu verweigern und erst die Auslieferung der Post zu beschleunigen. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation.

Abg. Gump (Hb.): Es wäre richtiger gewesen, die Tarifherabsetzung zu verweigern und erst die Auslieferung der Post zu beschleunigen. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation.

Abg. Gump (Hb.): Es wäre richtiger gewesen, die Tarifherabsetzung zu verweigern und erst die Auslieferung der Post zu beschleunigen. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation.

Abg. Gump (Hb.): Es wäre richtiger gewesen, die Tarifherabsetzung zu verweigern und erst die Auslieferung der Post zu beschleunigen. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation.

Abg. Gump (Hb.): Es wäre richtiger gewesen, die Tarifherabsetzung zu verweigern und erst die Auslieferung der Post zu beschleunigen. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation. Die Unterbrechung der Posten ist ein Verlust für die Nation.

wenn endlich die Wünsche der Unterbrechten erfüllt werden. Reiner bekennt sich über die Art der Verheilung der Gratifikationen, über die Stellungungen z. Nach bei der Sonntagssache noch viel zu thun übrig. Er freut sich, daß der Herr Staatssekretär endlich eine Revisionsreform in Aussicht gestellt habe. Werden die Privatposten beseitigt, müsse man für deren Beamte sorgen.

Hierzu wird Vertagung beschlossen. Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr: Postetat. Schluß 5 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

13. Sitzung vom 3. Februar, 11 Uhr.

Am 13. Mittelfreie: Kommission. Die zweite Beratung des Etats der Gekultverwaltung wird bei den Einnahmen fortgesetzt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Bei den Ausgaben empfiehlt die Beratung der Post- und Telegraphenverwaltung die Einnahmen zu erhöhen. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt.

Abg. Hildebrandt (fr. B.) empfiehlt die Einnahmen zu erhöhen. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt.

Abg. Hildebrandt (fr. B.) empfiehlt die Einnahmen zu erhöhen. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt.

Abg. Hildebrandt (fr. B.) empfiehlt die Einnahmen zu erhöhen. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt.

Abg. Hildebrandt (fr. B.) empfiehlt die Einnahmen zu erhöhen. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt.

Abg. Hildebrandt (fr. B.) empfiehlt die Einnahmen zu erhöhen. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt.

Abg. Hildebrandt (fr. B.) empfiehlt die Einnahmen zu erhöhen. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt.

Abg. Hildebrandt (fr. B.) empfiehlt die Einnahmen zu erhöhen. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt.

Abg. Hildebrandt (fr. B.) empfiehlt die Einnahmen zu erhöhen. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt.

Abg. Hildebrandt (fr. B.) empfiehlt die Einnahmen zu erhöhen. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt.

Abg. Hildebrandt (fr. B.) empfiehlt die Einnahmen zu erhöhen. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt.

Abg. Hildebrandt (fr. B.) empfiehlt die Einnahmen zu erhöhen. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt.

Abg. Hildebrandt (fr. B.) empfiehlt die Einnahmen zu erhöhen. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt.

Abg. Hildebrandt (fr. B.) empfiehlt die Einnahmen zu erhöhen. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt.

Abg. Hildebrandt (fr. B.) empfiehlt die Einnahmen zu erhöhen. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt.

Abg. Hildebrandt (fr. B.) empfiehlt die Einnahmen zu erhöhen. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt.

Abg. Hildebrandt (fr. B.) empfiehlt die Einnahmen zu erhöhen. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt.

Abg. Hildebrandt (fr. B.) empfiehlt die Einnahmen zu erhöhen. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt.

Abg. Hildebrandt (fr. B.) empfiehlt die Einnahmen zu erhöhen. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt.

Abg. Hildebrandt (fr. B.) empfiehlt die Einnahmen zu erhöhen. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt.

Abg. Hildebrandt (fr. B.) empfiehlt die Einnahmen zu erhöhen. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt. Die Einnahmen werden debetlos genehmigt.

